

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Herausgegeben von Emma Ihrer in Pankow bei Berlin.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter No. 2766) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweispaltige Pettizeile 20 Pf.

Stuttgart
Mittwoch, den 17. April
1895.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Alara Zetkin (Eigner), Stuttgart, Rothebühl-Strasse 147, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

„Ihr hemmt uns, doch Ihr zwingt uns nicht!“

Das Umsturzgesetz wirft seine Schatten voraus und besonders tief fallen dieselben auf die proletarische Frauenbewegung. Was Kollerei gegenüber proletarischem Freiheitsstreben an Mücken und Läden, an Polizeischneidigkeit und Juristenkunstsinne zu leisten vermag, das leistet sie im Kampfe mit den klassenbewußten Proletarierinnen reichlich und täglich. Ausweisungen von Frauen aus Volksversammlungen reihen sich an Ausweisungen; Auflösungen von Versammlungen wegen Anwesenheit von Frauen folgen auf Auflösungen; Organisationen nach Organisationen werden zerschmettert; Komitees, die jahrelang unbeanstandet in der gleichen Weise thätig gewesen sind, erklärt man zu Vereinen und schließt sie auf Grund vorgeblichen gesetzwidrigen Thuns.

Der Jopf der Chineserei, der in Sachen der Frauenfrage Deutschland so tief und baumstark im Nacken baumelt, er ist dem deutschen Klassenstaat mehr als ein bloßer Schmuck. Er wird in der Hand der staatlichen Gewalten zur Schlinge, in der diese die Bestrebungen der Proletarierinnen zu erwürgen trachten, die zielklar und zukunftsfröh zusammen mit den Männern ihrer Klasse in der Arbeit heil'gen Krieg ziehen. Das alles aber von Rechts wegen, auf Grund eines Rechts, das für die Frau die Rechtlosigkeit bedeutet, das dem weiblichen Geschlecht eine Ausnahmestellung anweist, zusammen mit Kindern, Blödsinnigen und Ehrlosen. Und weil dem so ist, so bedarf der Staat der Kapitalisten zur Stnebelung der klassenbewußten Proletarierinnen nicht erst besonderer Ausnahmegefesse, nicht erst einer Bergemeinerung des gemeinen Rechts. Was er an gesetzlichen Bestimmungen vorfindet, genügt ihm vollauf, gewappnet und gerüstet den Kampf aufzunehmen gegen freies Sehnen und Ringen innerhalb der proletarischen Frauenwelt.

Nachdrücklicher als je vorher, ja sogar als unter dem Sozialistengesetz, wird seitens der Behörden in den letzten Jahren dieser Kampf geführt. Erklärlich genug. Wohl standen zur Zeit des Schandgesetzes hier und da einzelne Frauen im Heerlager des geächteten Proletariats; wohl gab es damals an dem und jenem Ort kleine Häuflein Mitstreiterinnen für die Sache der Arbeit. Aber die Masse der proletarischen Frauenwelt war noch nicht im Zeichen des Sozialismus in Gährung und Bewegung gerathen. Noch ließ sie sich und die Ihrigen in geduldigem Stumpfsinn vom Kapital an das Kreuz der Armut und Unterkultur schlagen; noch war sie blind gegen das Licht, das ihrer Klasse Befreiung verheißend durch die Nacht der Gegenwart schimmerte; noch drang sie nicht kämpfend über Steine und durch Dornengebüsch auf dem einzigen Weg vorwärts, der zu ihrer vollen Menschwerdung führt. Anders in unserer Zeit. Die reaktionäre Gesetzgebung hinderte zwar, daß sich große Schaaren von Proletarierinnen in festgefügtten Organisationen zusammenballten. Aber auch die reaktionärsten Gesetzesbestimmungen vermochten nicht zu hintertreiben, was auf dem Untergrund der gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse mit Naturnothwendigkeit erfolgen mußte: die Einwurzelung des Sozialismus in der proletarischen Frauenwelt.

Wenn in Sachsen, in Berlin, in Hamburg, in allen Zentren der deutschen Großindustrie der Sozialismus eine Statt fand „in

jeder Werkstatt, drin es pocht“, so nicht minder „in jeder Hütte drin es ächzt“. Die Masse der proletarischen Frauenwelt hat angefangen, sich der Gegenätzlichkeit ihrer Interessen zur kapitalistischen Gesellschaft bewußt zu werden. Ein Frühlingsrauschen von Freiheit, Bildung und Glück zittert durch ihre Reihen. Und was sie von der Zukunft hofft, sie hofft es allein vom Sozialismus, durch die Macht der sozialistischen Arbeiterbewegung, und was sie hofft und glaubt, sie macht es zur Hoffnung, zum Glauben ihrer Kinder. Allenthalben regt sich in der proletarischen Frauenwelt neben dem Bewußtsein der Klassenlage, der feste, unerschütterliche, opferbereite Wille, kämpfend eine sonnige Zukunft zu erobern. Die proletarischen Frauen verwandeln sich mehr und mehr aus stummen Opfern der kapitalistischen Gesellschaft in bewußte Gegnerinnen derselben; wissend, wollend, thatkräftig stehen sie zu Tausenden und Abertausenden ihrer Ueberzeugung nach in Reih und Glied des kämpfenden Theils ihrer Klasse.

Die Genossen unterschätzen vielfach noch die Bedeutung des vollzogenen Umschwungs, die Bedeutung der proletarischen Frauenbewegung. Sie erblicken in ihr ein Etwas, das man im sozialistischen Lager wohlwollend dulden kann, das man aber nicht mit aller Kraft unterstützen und fördern muß. Anders die Werthung der Behörden. Diese fassen die proletarische Frauenbewegung sehr richtig als eine Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft auf, als ein Etwas, das sie in deren Interesse nicht dulden dürfen, das sie zu Ruß und Frommen der Besitzenden mit aller Energie bekämpfen müssen. Ihrer Erkenntniß entspricht die That, ihrer Pflicht im Klassenstaat getreu kehren sie gegen die proletarischen Frauen die volle Schärfe ihrer Machtmittel, und diese sind nicht klein.

Aber der Erfolg von alledem? Wohl werden Organisationen und Persönlichkeiten, die im Vordertreffen des Kampfes stehen, schwer geschädigt; wohl wird die proletarische Frauenbewegung in ihrem Fortschreiten vorübergehend gehemmt, allein vernichtet wird sie nicht. An Stelle der gefallenen Streiterinnen treten neue; andere Gruppierungsformen lösen die früheren Organisationen ab; politische und wirtschaftliche Aufklärung findet auf noch unbetretenen Pfaden ihren Weg zu der Proletarierin; Solidarität heißt die geschlagenen Bunden, Begeisterung schöpft aus erlittenen Niederlagen Erfahrung, und Ueberzeugungstreue giebt Muth zu neuen Kämpfen. Denn Polizeimacht und Richterweisheit vermögen wohl den Erscheinungsformen, den Lebensäußerungen der proletarischen Frauenbewegung entgegenzutreten, ihre treibenden Kräfte, ihre Lebensquellen entziehen sich dagegen vollständig dem Machtbereich der staatlichen Gewalten: sie liegen im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft selbst.

Stetig schwillt mit dem Gange der wirtschaftlichen Entwicklung das Heer der Industriearbeiterinnen stärker an. In Gestalt der Lohnsklavinnen aber, die für kärgliches Entgelt und unter harter Mühsal fremdem Drohnenthum frohnden müssen, züchtet die kapitalistische Gesellschaft klassenbewußte Kämpferinnen gegen die Ordnung der Dinge, welche die Besitzenden satrosant erklären, weil sie ihnen einträglich ist. Die proletarische Frau, welche als Lohnarbeiterin mit den Skorpionen des Kapitals gezüchtet wird, erwacht zum Bewußtsein ihrer Klassenlage, zum Bewußtsein der Solidarität aller Ausgebeuteten, des unverföhlichen Gegenfases

zwischen Proletariat und Kapitalistensippe, zur Erkenntnis des notwendigen Kampfes von Klasse zu Klasse. Und die staatlichen Gewalten tragen redlich das Ihrige dazu bei, die proletarische Frau für diesen Kampf zu erziehen, zu schulen, zu disziplinieren. Durch den Anschauungsunterricht der Thatsachen bläuen sie ihr ein, was Worte bedeuten wie Klassenstaat, Klassenrecht, Klassengewalt u. Durch ihre brutale Schneidigkeit gewöhnen sie an kühle Besonnenheit, an ruhiges Abwägen der Wirklichkeit, durch ihre spitzfindige Listelei an kluge, scharfsinnige Ausnutzung der Verhältnisse. Befolgungen und Maßregelungen schmieden Männer und Frauen des Proletariats zusammen zu der einen revolutionären Arbeiterklasse, in der es keinen Platz für Eigenbrödelei und Sonderbestrebungen giebt.

Die Lebensverhältnisse zwingen die Frau des Proletariats in den tosenden Kampf zwischen der alten und neuen Welt, die klassengewaltlichen Mühen und Tücken hämmern sie zur gestählten, gewitzigten, stürmerproben Streiterin. Mühen deshalb die Behörden thun, was sie nicht lassen können: der klassenbewußten Proletarierin in ihrem Kampf in den Arm zu fallen. Die Verhältnisse werden auch sie zwingen, zu lassen, was sie nicht thun können: die proletarische Frauenbewegung zu vernichten, dem Umsichgreifen des Sozialismus in der proletarischen Frauenwelt Halt zu gebieten. Nach wie vor werden sich die Proletarierinnen in immer dichteren Reihen unentwegt, opferfreudig, begeistert und siegesgewiß um das Banner der Sozialdemokratie schaaren. Auf alle reaktionären Machenschaften antworten sie mit stolz-geringschätzigem Achselzucken: „Ihr hemmt uns, doch Ihr zwingt uns nicht!“

Arbeiterinnen-Bewegung.

— In der Zeit vom 10. März bis 7. April fanden öffentliche Versammlungen statt in: Altona, öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei: „Die Träger des heutigen Klassenstaats und die Sozialdemokratie“ (Genosse Baker); Berlin, öffentliche Versammlung der Präger und Prägerinnen, sowie der Hilfsarbeiterinnen in Druckereien: „Werkstattangelegenheiten“; öffentliche Versammlung der im Vergoldergewerbe thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Umsturzvorlage und die Gewerkschaftsbewegung“ (Genosse Hofmann); öffentliche Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Das Umsturzgesetz und seine voraus-sichtliche Wirkung auf das graphische Gewerbe“ (Reichstagsabgeordneter Rebel); öffentliche Versammlung der in der Kürschnerlei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Das Umsturzgesetz und seine Wirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung“ (Genosse Regge); zwei öffentliche Versammlungen der Schneider und Schneiderinnen: 1) „Werkstättenverhältnisse“ (Genosse Timm), 2) „Die rechtliche Stellung der Heimarbeiter zu der sozialpolitischen Gesetzgebung, mit Bezug auf die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichtes im Krankenversicherungswesen“ (Genosse Timm); Elberfeld, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen: „Das heutige klassenstaatliche Schulwesen und die Zügenderziehung der Zukunft“ (Genosse Schulze, Berlin); Frankfurt a. M., öffentliche Volksversammlung: „Die industrielle Frauenarbeit und ihre Folgen“ (Genossin Jeklin); öffentliche Versammlung der Tabatarbeiter und -Arbeiterinnen: „Thätigkeitsbericht der Provinzialkommission“ (Genosse Strube); Friedberg, öffentliche Volksversammlung: „Die Stellung der Frau zur Sozialdemokratie“ (Genossin Jhrer); Friedrichsberg, öffentliche Versammlung des Arbeiterinnen-Bildungsvereins: „Zwei Arbeiterinnen aus der Bourgeoisie“ (Genossin Greifenberg); Kiel, öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Der Kampf der arbeitenden Klasse auf wirtschaftlichem Gebiete und die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation“ (Genosse Holzhäuser); Köln, öffentliche Versammlung der im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die gewerkschaftliche Organisation und ihre Bedeutung für das Proletariat“ (Genosse Gilsbach); Mannheim, öffentliche Volksversammlung: „Die industrielle Frauenarbeit und ihre Folgen“ (Genossin Jeklin); Neumünster, öffentliche Volksversammlung: „Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“ (Genossin Kähler); die Versammlung beschloß die Gründung einer Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen; Potsdam, öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Klassenkämpfe im Mittelalter“ (Genosse Timm); Schönebeck, öffentliche Volksversammlung: „Die Bedeutung des 18. März“ (Genossin Jhrer); Wibel, öffentliche Volksversammlung: „Die Stellung der Frau zum Sozialismus“ (Genossin Jhrer).

— Vereinsversammlungen fanden in der nämlichen Zeit statt in: Altona, Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen: „Die Entwicklung der Technik und die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen“ (Genosse Baker); Berlin, Mitgliederversammlung des Verbandes der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft in der modernen Großindustrie“ (Genossin Kohrlack); Mitgliederversammlung der freien Vereinigung der Händler und Händlerinnen: „Die Umsturzvorlage“ (Genosse Löwenstein); Mitgliederversammlung des Verbandes der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Arbeitseinstellung in der Buchbinderei von Reif, Verschiedenes; Mitgliederversammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen: „Krieg und Frieden“ (Genosse Waldeck-Manasse); Mitgliederversammlung des Vereins der in der Kravatten- und Wäschebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die weibliche Arbeitskraft in der Großindustrie“ (Genossin Kohrlack); Ottensen, Mitgliederversammlung des Frauen- und Mädchenbildungsvereins „Vorwärts“: „Die Prostitution“ (Genossin Bustinis), Verschiedenes.

— **Gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen.** In Berlin beschloß eine Versammlung der Präger und Prägerinnen sowie der Hilfsarbeiterinnen in Steindruckereien, eine rege Agitation durch öffentliche Versammlungen zum Zwecke der Organisation der Prägerinnen zu entfalten, ferner forderte sie die organisierten Präger auf, in ihrer Organisation dahin zu wirken, daß nur Delegirte zur Generalversammlung des Verbandes der Steindrucker u. gefandt werden, welche für die Aufnahme der Prägerinnen in die genannte Organisation eintreten.

— **Berlin.** Am 27. März fanden hier zwei öffentliche, von Frauen einberufene Volksversammlungen statt, welche sich mit der wichtigen Frage beschäftigten sollten, wie das weibliche Proletariat die ihm gegenüber beliebte Handhabung der Vereins- und Versammlungsgesetze pariren und wie es sich organisiren könne. Die Tagesordnung lautete für beide Volksversammlungen übereinstimmend: 1. „Wie stellen sich die Arbeiterinnen zur Auflösung der Frauen-Agitationskommission?“ 2. „Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volks.“ 3. Diskussion. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung referirte in der einen Versammlung Reichstagsabgeordneter Legien, in der anderen Reichstagsabgeordneter v. Elm in ebenso sachkundiger als fesselnder Weise. Nach einem Ueberblick über die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte in der Industrie gelangten beide Referenten zu dem Schlusse, daß der Entwicklungsgang des Wirthschaftslebens, das rapide Wachsen der Frauenarbeit, die jammervollen Verdienste der Arbeiterinnen deren gesetzlichen Schutz gegen die skrupellose Ausbeutung der Kapitalisten und ihre gewerkschaftliche Organisation zur unabwendbaren Nothwendigkeit mache. Von dem geringen Koalitionsrechte, das der Arbeiterschaft zustehe, müsse der ausgiebigste Gebrauch gemacht werden. Es gälte aber dabei einer Zersplitterung der Kräfte vorzubeugen und alle Kräfte zusammenzufassen, und so müßten die Frauen in die gewerkschaftlichen Organisationen einbezogen werden, um die in ihrem Interesse und in dem der Arbeiter liegende Schulung für den Kampf gegen das Kapital zu erhalten. Eine der beiden Versammlungen nahm im Anschluß an das Referat einstimmig die folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß die gesetzlichen Bestimmungen in Preußen den Frauen es unmöglich machen, sich in politischen Vereinen zu organisiren, und in weiterer Erwägung, daß, wie durch die amtlichen Berichte festgestellt ist, die Zahl der Arbeiterinnen in allen Branchen von Jahr zu Jahr um Tausende zunimmt und dadurch die Löhne immer tiefer sinken und die Zahl der arbeitslosen Männer ebenfalls steigt, erklärt die Versammlung: Im eigensten Interesse der Frauen und Mädchen ist es eine dringende Nothwendigkeit, eine rege Agitation zu entfalten, um die Arbeiterinnen den Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen.“

An Stelle der polizeilich geschlossenen Frauen-Agitations-Kommission beschloß die nämliche Versammlung auf Antrag der Genossin Kohrlack, zur Erledigung der nothwendigen Geschäfte Vertrauenspersonen zu wählen, und zwar vorläufig nur eine, bis das Schicksal der bisherigen Frauen-Agitations-Kommission entschieden sei. Als Vertrauensperson wurde Genossin Ottilie Berndt einstimmig gewählt, nachdem Genossin Schädler ihren Antrag zurückgezogen hatte, für jeden der Berliner Wahlkreise in Versammlungen je eine Vertrauensperson zu wählen. Der nämliche Vorschlag wurde auch in der anderen Versammlung gemacht und unter Anderen von Genossin Greifenberg befürwortet. Eine endgültige Beschlußfassung über die Frage fand nicht statt, diese soll in einer demnächst einzuberufenden Versammlung entschieden werden. Die Versammlung beauftragte vorläufig Genossin Hoffstetten mit der weiteren Führung der Geschäfte.

— **Frankfurt a. M.** Der hiesige Arbeiterinnenverein hat eine sehr nützliche, wichtige und praktische Aktion in Angriff genommen. Er wählte aus seiner Mitte eine Beschwerdekommision, welche auf Grund eines zur Vertheilung gelangenden Fragebogens Material über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Dienstmädchen und Arbeiterinnen sammeln soll. Damit die Fragebogen sicher in die Hände der Dienstmädchen gelangen, werden sie unter Anderem Abends in die Bröckentasten gelegt, die an den meisten Häusern angebracht sind. Zusammen mit den Fragebogen gelangt ein an Dienstmädchen und Arbeiterinnen gerichteter Flugblatt zur Vertheilung, das den Zweck des Fragebogens darlegt, zur Organisation auffordert und die Namen und Adressen der fünf Glieder der Beschwerdekommision mittheilt. Diese hat bereits sehr schätzenswerthes Material erhalten — zum Theil gerade auch über die Lage der Dienstmädchen — welches sie seinerzeit veröffentlichen wird. Der Arbeiterinnenverein stellt Organisationen und Personen, welche sich für die Frage interessieren und eventuell eine ähnliche Erhebung veranstalten wollen, Flugblätter und Fragebogen zur Verfügung. Sie sind zu erhalten durch Fräulein Anna Forschner, Louisestraße 47 III. Wunderbarer Weise oder richtiger: nicht wunderbarer Weise hat sich die Polizeibehörde veranlaßt gesehen, der Beschwerdekommision ihre hohe Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie betrachtet nämlich die Kommission als eine Körperschaft, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt und polizeilich angemeldet sein muß. Da die Mitglieder der Beschwerdekommision diese Anmeldung unterlassen haben — gestützt auf die Thatsache, daß ihr Zusammenwirken rein wirtschaftlichen Verhältnissen gilt und nicht öffentlichen Angelegenheiten — so sind sie bereits wegen des Verdachts einer Gesetzesübertretung verurtheilt worden. Selbstverständlich werden sie das, was sie für ihr gutes Recht halten, bis in die höchste Instanz verfolgen, da die Entscheidung der Frage angesichts der allgemeinen Reaktion und der armseligen Organisationsfreiheit der Frauen von hoher prinzipieller und praktischer Bedeutung ist. Mag aber der Entscheid ausfallen wie immer: die Frankfurter Genossinnen werden ruhig, unbeirrt und zielklar auch weiterhin ihre Pflicht thun. B. S.

Wir empfehlen den Arbeiterinnen- und Frauenvereinen — soweit dieselben nicht der grassirenden Auflösungssepidemie zum Opfer gefallen sind oder, geschützt durch ein erträgliches Vereinsgesetz, nicht zum Opfer fallen können — das Vorgehen unserer Frankfurter Genossinnen wärmstens zur Nachahmung. Durch ernstliches, gründliches und geduldiges Arbeiten für eine praktische Aufgabe, wie der Frankfurter Arbeiterinnenverein sie sich gestellt hat, werden die Frauenorganisationen der Agitation werthvolles Material liefern, sie werden — wenn auch nur in bescheidenem Umfange — manchen Mißstand zu beseitigen vermögen, das Vertrauen größerer noch indifferenter Kreise von Proletarierinnen wird sich ihnen zuwenden. Nur möchten wir bei der Inangriffnahme ähnlicher Erhebungen dringend rathen, für Arbeiterinnen und Dienstmädchen je besondere Fragebogen herauszugeben. Die Verhältnisse der einen und anderen Schicht von Proletarierinnen sind so grundverschiedene, daß ein gemeinsamer Fragebogen leicht kompliziert und schwerfällig und bezüglich der Bedingungen der Arbeiterinnen nicht erschöpfend wird.

— **Offenbach.** Die letzte Generalversammlung unseres hiesigen Vereins für Frauen und Mädchen legte Zeugniß davon ab, daß dieser Dank der tüchtigen Leitung auf festen Füßen steht und sich sicher, wenn auch langsam entwickelt. Der Organisation gehören 80 Mitglieder an, die Vereinsversammlungen sind meist gut besucht, das Interesse an Vorträgen, Vorlesungen und Diskussionen ist ein reges. Der Verein läßt sich angelegen sein, durch Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen Aufklärung in die der Organisation noch fernstehenden proletarischen Frauenkreise zu tragen. In der Berichtszeit fanden zwei solche öffentliche Versammlungen statt. Der Verein hatte im letzten Vierteljahr eine Einnahme von 78 Mk. 60 Pf. und eine Ausgabe von 52 Mk. 50 Pf., so daß der Kassenbestand 26 Mk. 10 Pf. beträgt. Mit Ausnahme der Posten der ersten Schriftführerin und der beiden Revisorinnen, die neu besetzt wurden, blieb die Leitung in den bisherigen Händen. Wie in der Vergangenheit, so werden auch künftig die organisierten Genossinnen Offenbachs in treuer Pflichterfüllung mitarbeiten am Werk der Befreiung des ausgebeuteten Proletariats. W.

— **Behördliche Schneidigkeit und Findigkeit im Kampfe mit den proletarischen Frauen.** Nachdem sich die Berliner Polizeibehörde durch die Schließung der Frauen-Agitations-Kommision um Staat und Gesellschaft wohlverdient gemacht hat, hat sie ihren ordnungstretterischen Lorbeeren ein neues Blatt beigelegt: Am 30. März verfügte sie die Schließung des Berliner Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Der ersten Vorsitzenden dieser Organisation, Genossin Miesch, ward von einem Polizeibeamten ein Schriftstück eingehändigt folgenden Inhalts:

„Es wird Ihnen hiermit eröffnet, daß der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volks für Berlin und Umgegend auf Grund des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 vorläufig geschlossen ist, weil der Verein bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, politische Vereine aber Frauenpersonen (!!) nicht als Mitglieder aufnehmen dürfen. Jede fernere Betheiligung an diesem Vereine, mithin auch an seinen Filialen in Berlin und Umgegend, oder an einer Neubildung, welche sachlich als Fortsetzung des geschlossenen Vereins erscheint, ist nach § 16 des genannten Gesetzes strafbar.“

Da die liebe Polizei wählte, bei Genossin Miesch Belastungsmaterial betreffend die angebliche politische Thätigkeit des Vereins zu finden, so wurde sofort, „weil Gefahr im Verzuge war“, eine gründliche Hausdurchsuchung vorgenommen, die sich bis in die Puppenstube der Kinder erstreckte. Die Polizei beschlagnahmte 15 Briefschaften, in welchen nach der Ansicht der Genossin Miesch auch der findigste Staatsanwalt kein Belastungsmaterial findet. Sie betreffen Anfragen wegen eines Referats zc., kurz Dinge, die mit einem gesetzwidrigen Thun des Vereins nicht das Geringste zu schaffen haben. Zwei Jahre lang hat der Verein bestanden und ist genau in der gleichen Weise thätig gewesen, wie in der letzten Zeit, ohne daß sich der preussische Staat in Gefahr gefühlt hätte. Aber „der Jude muß verbrannt werden“, die Behörden des Kapitalistenstaats dürfen klassenbewußte proletarische Frauenorganisationen nicht dulden, sie zerschmettern dieselben, und die Juristen werden haarlein beweisen, daß es von Gesetzes- und Rechtswegen geschehen ist. Je kräftiger sich gerade der Berliner Bildungsverein für Frauen und Mädchen entwickelte, je erzieherischer er auf weitere Kreise von Proletarierinnen wirkte, um so sicherer konnte man angesichts der herrschenden Kollerei seine Abwägung erwarten. Sie ist erfolgt, und die Berliner Proletarierinnen werden die einzig würdige und richtige Antwort darauf geben: inniger, opferbereiter und entschlossener als je werden sie im sozialistischen Lager stehen und kämpfen und der behördlichen Schneidigkeit proletarischen Trost und proletarisches Siegesbewußtsein entgegensetzen.

— **Die proletarische Frauenbewegung für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts** findet allenthalben in der Arbeiterklasse Verständnis und Unterstützung. Öffentliche, zum Theil sehr gut von Frauen und Männern besuchte Versammlungen, in denen mit der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zumal das Frauenstimmrecht gefordert wurde, fanden in letzter Zeit statt in Breslau (Genosse Bruhns), Quedlinburg (Genossin Jhrer), Mainz, Bockenheim bei Frankfurt a. M., Wiesbaden und Offenbach (Referentin in den vier Versammlungen Genossin Zetkin). In allen Versammlungen gelangte einstimmig die den Leserinnen und Lesern bekannte Resolution zur Annahme.

Die Brotvertheurer vor dem Reichstage.

Als würdige Nachfahren der raubenden und reutenden Kolleritz und Jhenplitz halten unsere Agrarier die Anschauung fest, daß die nichtblaublätige Kanaille lediglich erschaffen sei, um nach wie vor für die hoch- und edelgeborenen Herren zu roboten. In fast feudaler Abhängigkeit muß ihnen das unter der Fuchtel der mittelalterlichen Gefindeordnung stehende Landproletariat frohnden, und die Brandschagung fremder Beutel, die auf dem Wege des Stregreiß nicht mehr angängig ist, die soll ihnen der Racker Staat ermöglichen. Gerade das krautjunkerthum, das nicht müde wird, gegen die Staatshilfe zu zernern, wenn diese sich in ihrer dürftigsten Form, als verbesserte Armenpflege, bei der Alters- und Invaliditätsversorgung zu Gunsten der Arbeiterklasse bethätigt: es verlangt schreiend und drohend für die eigene Kaste Staatshilfe in jeder Form, unter jeder Gestalt. Der Staat muß der Junker überschüssige Söhne in den besten Stellen des Heeres und der Verwaltung versorgen; der Staat muß den erb- und schloßgefessenen Grundherren Steuererlasse bewilligen; seine Zoll- und Steuerpolitik muß im Zeichen der Agrarfreundlichkeit stehen, so daß sie den Latifundienbesitzern hohe Verkaufspreise ihrer Erzeugnisse sichert und zahlreiche „Liebesgaben“ noch obendrein; der Staat muß durch eine Heimstättenzusage für billige, an die Scholle gefesselte Arbeitskräfte der Edelsten und Besten sorgen zc. Doch so mächtig sich auch die Staatshilfe bisher für die Agrarier bethätigt hat, noch ist deren nimmerfatte Begehrlichkeit nicht gestillt. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß ihnen der Staat durch Monopolisirung des ausländischen Getreidehandels und Festsetzung von „Normalpreisen“ die Brotkonsumenten auf Gnade und Ungnade zu schonungsloser Ausplünderung überantwortet. Denn nichts Anderes als das bezweckt der Antrag Raniß, über den der Reichstag vor den Osterferien verhandelte. Die Agrarkrise, welche von der Entwicklung des modernen Wirtschaftslbens gezeitigt worden ist, mußte den Hintergrund abgeben für das ohfengräfliche Anstinnen, und der Nothstand

der mehr und mehr verelendenden Kleinbauernschaft das Feigenblatt für die Gelüste der Agrargewaltigen.

Der Antrag Kanitz forderte, daß der Ein- und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluß der Mühlenfabrikate, ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolgt, und daß die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode 1859—1890, die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate nach dem wirklichen Ausbeuteverhältniß, den Getreidepreisen entsprechend, festgesetzt werden, solange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend erhöht werden müssen. Als Entgelt für die dem Reiche zuge dachte Rolle des Brotwucherers und Preistreibers verhiess der Antrag den Reichskassen einen Millionenregen von Uberschüssen für Militärzwecke. Was bezweckte er? Durch die Staatsmacht die deutsche Getreideproduktion den Gesetzen des Weltmarkts zu entziehen, mit Zerschmetterung der kaum abgeschlossenen Handelsverträge die verbilligende Wirkung der ausländischen Konkurrenz zu beseitigen und für das deutsche Getreide Ausnahmepreise, Hungerpreise festzulegen. Zu Nutz und Frommen der nothleidenden Landwirtschaft, erklären die Junker. Um den Latifundienbesitzern tausendfach, den Rittergutsbesitzern hundertfach, den großen Bauern zehnfach und den kleinen Bauern gar nichts zu geben, während ein großer Theil der letzteren ebenso wie die industrielle Bevölkerung noch durch theurere Brotpreise schwer belastet wird, bemerkte Genosse v. Bollmar gelegentlich der Verhandlung des Antrags sehr treffend. Der höhere Getreidepreis würde sich in eine Brotvertheuerung umsetzen. Der Brotkonsum des deutschen Volks, der schon in Folge des Getreidezolls von 1879/80 bis 1889 jährlich von 230 auf 210 Kilogramm pro Kopf gesunken ist, würde noch tiefer fallen. Die Kartoffel träte noch mehr als bisher schon an Stelle des Brotes, und das durch die Brotvertheuerung gesteigerte Massenelend fände, wie nachgewiesen, seinen Ausdruck in einer Zunahme der Verbrechen gegen das Eigenthum.

Seit langer Hand stand der Kanitzsche Antrag im Mittelpunkt der agrarischen Agitation. Seine Verwirklichung, so wurde dem verschuldeten Kleinbäuerlein vorgegaukelt, bringe für den Bauernstand das goldene Zeitalter zurück. Und gläubig vertrauensvoll begeisterte sich ein großer Theil der Kleinbauernschaft für eine Forderung, deren Durchführung durch die Stärkung des Großgrundbesitzes zu ihrem eigenen Ruin beitragen müßte. Auf ihre kleinbäuerliche Gefolgschaft gestützt und im prozigen Gefühl ihrer Machtstellung im halbfeudalen

deutschen Reiche ließen die Agrarier wieder und wieder der Regierung hören, daß die Kanitzerei der Preis für ihre Monarchentreue sei. Auch aus der Begründung des Antrags durch den Grafen Kanitz und aus den Reden der „Erwerbsgenossen“ des Herrn, klang der nämliche Ton durch, wenn auch etwas höflicher, als in der außerparlamentarischen Agitation. Mit echt demagogischer Gewandtheit und Skrupellosigkeit suchte der konservative Graf allen Parteien die Kanitzerei mundgerecht zu machen. Den Ultramontanen und Mittelstandsparteien pries er sie als das unfehlbare Mittel, einen gottesfürchtigen, kräftigen Mittelstand zu erhalten. Den Vertretern der Großindustrie und des Großhandels verhiess er durch Erhöhung der Konsumfähigkeit des Bauernstands ein reiches Emporblühen des Geschäftslebens. Die Sozialdemokraten suchte er zum Vorspann junckerlicher Interessen durch den Hinweis zu pressen, sie seien verpflichtet, durch Kräftigung des Bauernstandes für Arbeitsgelegenheit des Proletariats zu sorgen. Der Regierung drohte er bald mit der Vormalung der heftigen bäuerlichen Agitation im Lande, bald lockte er sie, indem er den fürstentruen Bauernstand als festeste Stütze von Thron und Gesellschaft aufmarschieren ließ. Daß der agrarische Wortführer und die um ihn die ganze Schale des frautjunckerlichen Jorns über die Handelsverträge ergossen, welche dem deutschen Volke das Brot ein Weniges verbilligten, versteht sich am Rande. Den Bruch der kaum verbrieften Abkommen mit oder ohne Kanitzerei forderten die Herren mit beispielloser Unverfrorenheit als etwas Selbstverständliches. Und nie ist von „gewerbsmäßigen Hehern“ aufreizender zum Fenster des Reichstags hinausgesprochen worden, als es die Fierden der konservativen Partei gelegentlich der Verhandlung des Antrags thaten.

Aber wie der seiner Zeit vom Kaiser zusammenberufene Staatsrath trotz seiner ausgesprochenen Agrarfreundlichkeit den Antrag Kanitz zurückgewiesen hatte, so nahm die Regierung ihm gegenüber auch im Reichstag eine schroff ablehnende Haltung ein. Ganz besonders energisch verwahrte sie sich gegen die Zumuthung, die Handelsverträge zu brechen. Das Zentrum ließ durch seinen Vertreter, dem frommen Grafen Galen erklären, daß es für die Kanitzerei nicht zu haben sei, da diese der „christlich-sozialen Weltanschauung widerstreite“. Um jedoch im Punkte Bauernfreundlichkeit und Bauernfängerei nicht ganz ins Hintertreffen zu kommen, beantragte es eine Kommissionsberathung des Antrags, damit das Reich den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft auf anderen Wegen möglichst Rechnung tragen könne. Den gleichen Zweifelseelenstandpunkt vertrat der nationalliberale Agrarier

Maria Stuart.

Eine historische Skizze.

Von Manfred Wittich.

(Fortsetzung.)

Bei Franz II. Tod (5. Dezember 1560) war Marias erster Schritt die Niederlegung des Titels einer englischen Königin, doch ohne sich des Erbrechts nach Elisabeths etwaigem Tod zu begeben. Weiter suchte sie die religiösen Parteien im Lande zu versöhnen. Sie sagte: „Ich halte meine Religion für die beste, ich gehöre nicht zu denen, die sie jedes Jahr ändern, aber ich wünsche auch nicht, einem meiner Untertanen Zwang anzuthun.“

Ebenso erstrebte sie Versöhnlichkeit in der Politik: sie wünschte das Bündniß mit Frankreich zu erhalten, aber auch mit England auf gutem Fuße zu stehen, was durch die Jahre 1561—65 auch so ziemlich gelang. Das Volk war ihr gewogen.

Im Aufstand ihres Halbbruders Murray (eines Bastards) zeigte es sich, daß der Adel, nicht das Volk revoltirte. Die Gemeinden waren bei Weitem nicht so fanatisch wie die Priester und die rebellischen Adligen. Und warum revoltirte Murray? Weil Maria ihren Vetter Darnley geehlicht hatte und man nun Maria nicht mehr allein zu bekämpfen hatte. Die Genehmigung des schottischen Parlaments zu der Eheschließung mit Darnley vor dessen Mündigwerden hätte Maria wohl leicht erhalten, da man mit ihrem Regiment im Volke nicht unzufrieden zu sein Ursache hatte.

Außerdem war der Sekretär Niccio, ein Italiener, den Adligen, aber auch dem eiteln Darnley, der königliche Vollrechte (verfassungswidrig!) begehrte, ein Dorn im Auge. Mit Darnley's Mitwissen brachte man David Niccio, den verhassten „Ausländer“, den Haupt Rathgeber der Königin, vor deren Augen um.

Als Darnley's Ehrgeiz seinen Mitverschworenen unbequem wurde, verschworen sich diese gegen ihn. „Die Königin wußte von dieser Verschwörung nichts, ein beachtenswerthes Zeugniß für die

Gewissenhaftigkeit und Verschwiegenheit dieser schottischen Adligen, wenn es sich um Verbrechen zum gegenseitigen Vortheil handelte“, schreibt Storm und — er scheint uns sehr ins Schwarze zu treffen. Sind doch auch später lebende Geschlechter, bis auf die Gegenwart, Zeugen von solchen Verbrechen aus Eigennutz seitens Adliger gewesen, wenn sie auch in weniger rauhen, offen banditenmäßigen Formen sich abspielten, wie zu Maria Stuart's Zeiten.

Diese hatte mit ihrem Volk, mit einer neuen Religion, mit ihrem Adel, mit ihrem eigenen Mann — einem Toffel und Egoisten in Folio — zu kämpfen: man wolle sich dazu noch denken ihre religiösen Ueberzeugungen, ihr Gefühl persönlicher Würde, ihr Herrscherbewußtsein als echte Thronerin, ihre internationalen Rücksichten aller Art — eine Welt von Sorgen lag auf ihr — und ihre Feinde handelten mit der Rücksichtslosigkeit einer religiös und sozial verwilderten Zeit, wo die höchsten und maßgebendsten Kreise am wildesten mitthaten. Denn es galt Zuwachs an Besitz und Macht zu erlitten, zu erraffen, zu erzwingen mit allen Mitteln, Niederträchtigkeit, Eidbruch, Mord, Brand und Gift nicht ausgeschlossen.

Als Niccio gemordet worden war, und als die Gattin Darnley's diesen als Helfershelfer der Mörder spät erst erkannte, — wie muß das Alles auf die im Grunde edle Natur Marias gewirkt haben! Und was muß sie gelitten haben, als sie später, weggelockt vom Krankenbett ihres schuftigen Gemahls, dessen Ermordung bezichtigt wurde, welche in Wahrheit seine Mordkumpane, die Mörder Niccio's, ins Werk gesetzt hatten.

Geß Darnley war der Geß geblieben, der er war. Er suchte — verfassungswidrig! — König zu spielen und drohte mit dem Davonlaufen. — Für Maria wäre es nur gut gewesen, wenn es der Laffe gethan hätte! — Aber er that es nicht: Marias Besitz war ihm ein Rechtstitel auf Macht und Reichthum, darum wollte er sie nicht aufgeben. Das verziehen ihm seine „Konkurrenten“, seine Herren Standesgenossen nicht und sprengten ihn auf seinem

Paasche, welcher außerdem von seiner Bereitwilligkeit schwärmte, dem kleinen Mann den Beutel zu Gunsten der Großgrundbesitzer zu leeren mittels eines Zuschlagszolls von 6-7 Mark pro Doppelpentner Getreide. Barth übte im Namen der freisinnigen Vereinigung vom manchesterlichen Standpunkte aus eine äußerst billige, oberflächliche Kritik an dem Antrag. Um so gründlicher und sachkundiger ging mit diesem dafür Genosse v. Vollmar ins Gericht. Wohl gab er die Noth der Landwirtschaft zu, wies aber gleichzeitig auch nach, daß dieser in der kapitalistischen Gesellschaft weder durch die Kanizerie noch durch andere Mittel geholfen werden könne, während die Verwirklichung der agrarischen Forderung das deutsche Volk schwer schädige. Wie der Getreidezoll schon den Aermsten der Armen Hunderte von Millionen aus der Tasche genommen habe, führte Genosse Vollmar aus, so werde die Kanizerie das Volk durch eine jährliche Mehrbelastung von 500 bis 600 Millionen Mark auswuchern, es dem Hunger überantworten. Da in der Landwirtschaft keine Interessengemeinschaft zwischen Großgrundbesitzer und Kleinbauer vorhanden ist, sondern der größte Gegensatz, so kommen auch die hohen Getreidepreise nur $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ der Landwirtschaft zugute, d. h. $\frac{1}{17}$ des deutschen Volks. Die Verwirklichung des Antrags kräftige den landwirthschaftlichen Großbetrieb und beschleunige die Aufsaugung der Kleinbauern durch ihn. Die Sozialdemokratie suche die naturgemäße Entwicklung des Produktionslebens nicht aufzuhalten, aber auch nicht künstlich zu beschleunigen. Deshalb verteidige sie den Bauern gegen die Raubsucht des Junkerthums, vor Allem aber trete sie ein für die von diesem in mittelalterlicher Hörigkeit ausgebeuteten Landarbeiter. Dagegen habe die Sozialdemokratie mit dem deutschen Volke durchaus kein Interesse daran, die in vollem Zuge begriffene Abwirthschaftung des Junkerthums zu hindern, das sich stets als der eigentliche Hort der Reaktion erwiesen habe. Mit demselben Recht, wie die Agrarier vom Staat die Garantie einer Minimalrente fordern, könnten auch die Arbeiter die Bürgerschaft eines Minimallohns verlangen. Die Forderung der Agrarier sei ein Eingeständniß des Bankrotts der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, welche die Führung der Geschäfte an den Sozialismus abtreten müsse. Dieses Eingeständniß und die Offenbarung der grenzenlosen Selbstsucht der besitzenden Schichten sei das Verdienst des Antrags Kaniz. Die Sozialdemokratie, welche das Kapital nicht stärken, die Machtmittel des Staats nicht vergrößern und die Nothlage des Volks nicht steigern wolle, weise ihn schlankweg ab.

Dem Zentrumsantrag entsprechend wurde der Antrag zur Berathung einer Kommission überwiesen, welche ihm ein Begräbniß erster Klasse bereiten wird. Reichliche Liebesgaben in Gestalt einer neuen Zuckerprämie und einer neuen Spiritussteuer, in Gestalt von Frachtermäßigungen und anderen Vergünstigungen werden das grollende Agrariergemüth theilweise besänftigen. Die Regierung wird es an Beweisen ihres besonderen Wohlwollens gegen die berufenen Stützen von Staat und Gesellschaft nicht fehlen lassen, ihrem Wohlwollen hilft die agrarische Agitation durch kräftiges Schreien nach, und die Männer und Frauen der Arbeit zahlen die Zeche.

Kritik, keine Zustimmung; Mitleid, kein Vertrauen.

Mit Riesenschritten schreitet die Zerfetzung der bürgerlichen Gesellschaft vorwärts; immer klarer zeigt sich die Ohnmacht der besitzenden Klassen, dieser Zerfetzung zu wehren und gesunde soziale Zustände zu schaffen. Das Proletariat dagegen erweist sich mehr und mehr als die einzige gesellschaftliche Macht, welche geschichtlich berufen und fähig ist, die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaftsverhältnisse zu vollziehen, welche im Interesse der Wohlfahrt Aller und einer höheren Kulturentwicklung unabweißbare Nothwendigkeit geworden. Und je augenscheinlicher die Zeichen der Zeit diese Thatfachen predigen, um so größer wird auch im bürgerlichen Lager die Zahl derer, die an dem Bestand und der Vortrefflichkeit der heutigen Gesellschaftsordnung zu zweifeln beginnen, einen „berechtigten Kern“ in den Forderungen der Sozialdemokratie entdecken und mehr oder weniger offen mit ihr sympathisiren.

Es mangelt besonders nicht an Stillen-Kämmerlein-Sozialisten, an Sozialistenfreunden, unter den bürgerlichen Frauen, denen ihre Geschlechtsklaverei den Staar gestochen hat über gar manchen sozialen Mißstand und die für die Gleichstellung zwischen Mann und Frau wirkend sich eingestehen müssen, daß in Deutschland die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche sich mit Programm und That für die Gleichheit der Geschlechter erklärt. Aber freilich, wenn man diese Sozialistenfreundinnen auch hin und wieder in der Gesellschaft der oder jener sozialistischen Persönlichkeit findet, so doch gewiß nicht im Lager des klassenbewußten Proletariats. Auf den Wackfeldern, wo die Männer und Frauen der Arbeit ihre Schlachten schlagen, Opfer über Opfer bringen, sich Wunden holen, aber auch ihre Befreiung

Krankenlager, auf dem ihn sein treues Weib pflegte, in die Luft — die freie Konkurrenz, sie lebe hoch! „Alle wollten Darnley los sein und begien Furcht davor, daß er auf die Königin wieder Einfluß erlange.“ — Darum drang man, d. h. die „Edelsten und Besten der Nation“, in Maria, sich von Darnley scheiden zu lassen. Das Parlament darüber verfügen zu lassen, dagegen sträubte sich Maria, weil ihr dies als eine Annäherung an den Protestantismus erschien. Darum flog Darnley in die Luft, wie man auch darum eine mögliche Beilegung aller Zwistigkeiten zwischen Maria und ihrem Gatten vereitelte, wo man nur konnte: Eine wirkliche Herzenseinigkeit Beider hätte man ja natürlich nur zu fürchten gehabt. Aber der Laffe von Mann, dem Maria einmal sagen mußte: „Gegen Furcht giebt es kein Heilmittel!“, — war allerdings für sie kein Schutz — war es doch nicht einmal eine Maria Stuart für ihn. Er war eben nur ein Geck, ohne die Kraft eines ernst zu nehmenden, ehrgeizigen Bösewichts, den leider Maria — naiv genug! — für einen „Mann“ tarirt hatte. Dieser Irrthum sollte sich blutig an ihr rächen.

Das Haupt- und wohl einzige Verbrechen Marias in den Augen ihrer Feinde war ihr Glaubensbekenntniß und ihr persönlicher Eifer für ihre Religion, obgleich dieser sie nicht dazu hinriß, unduldsam gegen die Reformirten aufzutreten. Der Eiferer John Knox that freilich alles nur Erdenkbare in Predigten und Schriften, um „die Keberin“ in ihrem Ruße als Weib und Königin zu schädigen.

Obgleich Maria durch Vorlegung der Verschwörungsurkunde der Adelligen, die mit Darnley's Mitwissen und Mitwirken ihren Rathgeber Riccio ermordet hatten, genau wußte, daß Darnley ein Verschwörer, Verräther und Mörder war, der auf Grund jener Verschwörung eben die wirkliche Königsmacht in die Hände bekommen wollte, — wiewohl Maria ihm den Staatsprozeß hätte machen können und müssen — hat sie ihn doch in einem 1854 zu Edinburgh wieder aufgefundenen Testamente mit reichen Gaben bedacht.

Gegen Elisabeth von England beging Maria das Verbrechen, am 19. Juni 1566 einem Sohne und Thronerben das Leben zu schenken. Bei seiner Taufe war der Vater Darnley nicht anwesend, angeblich weil er fürchtete, daß ihm nicht „die gebührenden Ehren“ erwiesen würden. Obgleich Maria, durch schlimme Erfahrungen belehrt, fortwährend an die Möglichkeit dachte, daß ihr sauberer Gemann wieder gegen sie komplottire, konnte sie sich zu einer gründlichen Auseinandersetzung, zu einer Scheidung von dem schwachen, ehrgeizigen, egoistischen Streber nicht entschließen. Die Adelligen Bothwell, Morton u. A. handelten entschiedener, sprengten Darnley in die Luft und ein anderer Lump, Bothwell, trat an Darnley's Stelle. Schon bei Einleitung des Mordanschlages gegen Darnley lag dieser, Maria sei mit der Beseitigung ihres Gatten einverstanden. Morton aber hat selbst erklärt, daß Maria keinen Antheil an dem Verbrechen gehabt hat. Darnley, sagte derselbe Morton, sei ein solches Kind, daß man ihm nichts mittheilen konnte, was er nicht sogleich der Königin geoffenbart hätte. Darum war der Mensch seinen Mitverschworenen und — Konkurrenten unbequem geworden: darum mußte er ins Gras beißen.

Im Prozesse gegen Maria wurde behauptet, die Leute Bothwell's hätten offen durch den Garten das Pulver hereingebracht und in dem ersten Stock, in den Gelassen der Königin, sei die Explosion vor sich gegangen. Merkwürdigerweise ist aber bei besagter Explosion auch der Keller des Hauses, in dem Darnley lag, zerstört worden, was bei den Sprengmitteln jener Zeit unmöglich gewesen wäre, wenn die Mine in den Gemächern der Königin angebracht gewesen wäre.

Die Mörder Riccio's haben den „unzuverlässigen Kantonisten“ und Mitverschworenen, Marias Gatten Darnley, beseitigt — aber, was noch abenteuerlicher war, sie bildeten das Tribunal, das über Darnley's Mord zu Gerichte sitzen sollte. Daß dabei nichts Wahres herauskommen konnte, liegt auf der Hand.

erklämpfen, begegnet man höchstens in der Rolle von Zuschauern, von sogenannten „objektiven Beobachtern“, denjenigen, welche — um mit der durchaus bürgerlichen „Frauenbewegung“ zu reden — „unter vier Augen die weitgehendsten Forderungen stellen“, aber, wie es weiter heißt, aus Rücksicht auf ihre Angehörigen und deren Stellung nicht öffentlich für ihre innerste Ueberzeugung eintreten können.

Von der Erkenntniß durchdrungen, daß für die „leidende Menschheit“ etwas gethan werden muß, und von dem besten Willen befeelt, ihrerseits für diese etwas mitthun zu wollen, treten die Stillen-Kammerlein-Sozialisten der bürgerlichen Frauenwelt mitrathend und mitthatend an die Oeffentlichkeit. Sie erschöpfen ihre Kraft für Reformen und Reformchen meist so harmloser und wenig durchgreifender Natur, daß auch ein echt kapitalistisches Gemüth sich für sie erwärmen kann. Sie jagen Wollentucktschweimeereien nach, deren Verwirklichung immer wieder zur Voraussetzung hätte den „Menschen“, wie er sein sollte, wie er aber nun einmal in unserer Gesellschaft der Klassegegensätze nicht ist und nicht sein kann. Mit ihrem Programm treten sie nicht bloß an die bürgerlichen Kreise heran, sie preisen es auch den „ärmeren Schwestern und Brüdern“. Und nichts ist den Stillen-Kammerlein-Sozialisten und Oeffentlichkeits-Reformern unbegreiflicher, aber auch peinlicher, schmerzhafter, ja in vielen Fällen verhasster, als die Kritik, welche sozialdemokratischerseits gegen ihre Bestrebungen erhoben wird. Die Kritik ihrer Sache empfinden sie fast als eine persönliche Beleidigung. Wieder und wieder verweisen sie derselben gegenüber auf ihre „guten Absichten“, wieder und wieder machen sie geltend, daß ihnen in Folge der Abhängigkeit von der Familie, mit Rücksicht auf ihre bürgerliche Stellung kein anderes als ein halbes und schwächliches Vorgehen möglich sei. Statt Kritik wollen sie Beifall, statt Beurtheilung heischen sie Mitleid, nicht als Halbe fühlen sie sich und Schwächlinge, vielmehr als Märtyrer, die Vertrauen beanspruchen dürfen.

Das Proletariat und zumal die Proletarierin, der in ihrer Eigenschaft als Frau so leicht das Herz mit dem Kopf durchgeht, darf sich durch die gefühlreichen Deklamationen der „wohlmeinenden, besser gestellten Schwestern“ nicht beirren lassen in der Werthschätzung der Bestrebungen, welche diese vertreten. Die „guten Absichten“ bürgerlicher Elemente dürfen keinem klassenbewußten Proletarier, keiner zielklaren Proletarierin die Waffe scharfer Kritik aus der Hand wunden oder auch nur abtumpfen. Die Sozialdemokratie ist keine Prüfungskommission für das Herz und die Nieren der Träger und

Trägerinnen einer sozialen Strömung. Sie muß dieselbe beurtheilen nach ihrem Programm, ihrer Taktik, ihren Thaten. Sie hat sie zu prüfen mit Bezug auf ihre eigenen programmatischen Forderungen, mit Bezug auf ihre Einwirkung auf den Klassenkampf. Und wenn sie dies thut, so gelangt sie gegenüber den Bestrebungen der „Wohlmeinenden“ und „Stillen“ wieder und wieder zu dem Urtheil oder richtiger zu der Beurtheilung: „Gewogen und zu leicht befunden.“ Die guten Herzen, die lauterer Absichten der Personen, ihnen wird ihr Recht bei der Werthung der Personen, aber nicht bei Beurtheilung der Bewegung, welche sie tragen. Sie drücken die Waagschale auch nicht um eine Linie tiefer zu Gunsten von Bestrebungen, die gut gemeint, aber für das kämpfende Proletariat belanglos, werthlos sind.

Der von den Stillen-Kammerlein-Sozialisten angezogenen Unmöglichkeit gegenüber, in der Oeffentlichkeit zu bekennen und zu betheiligen, was das Herz empfindet und das Hirn denkt, kann das kämpfende Proletariat den Betreffenden wohl sein Mitleid schenken, aber nicht mehr. Es kann die Verhältnisse begreifen, aus denen heraus die Halbheit und Schwäche der Kryptozialisten erwächst, aber es kann ebenso wenig diese Schwäche und Halbheit billigen. Auch die proletarischen Männer und Frauen, die unter dem Banner des Sozialismus für die Befreiung ihrer Klasse ringen, können in Tausenden von Fällen ihre Ueberzeugung nur betheiligen unter schweren äußeren und inneren Kämpfen. Auch sie müssen schwimmen gegen den Strom der sozialen Verhältnisse, in denen sie leben, gegen den Strom der Auffassung ihrer Familienangehörigen. Treten sie ein in Reih und Glied der Sozialdemokratie, so müssen sie des Jorns, der Feindschaft des Unternehmers gewärtig sein. Und dieser hält den Brotkorb, kann sie jederzeit maßregeln, existenzlos auf das Pflaster werfen, als Rebellen gegen das Kapital geächtet durch Fabriken und Werkstellen hegen. Was sie ihrer Ueberzeugung wegen aufs Spiel setzen, ist nicht wie bei den bürgerlichen Elementen eine bevorrechtete soziale Stellung, sondern die nackte Existenz. Zu der Pein des Unverstandenenwerdens seitens der Familie tritt für die Proletarier die Sorge ums trodene Brot. Und alle, die im Lager des Proletariats stehen, ohne dessen Schooße zu entstammen, sind ihnen etwa die Kämpfe erpart geblieben gegen die Ungunst verkehrter sozialer Verhältnisse; die bittersten Konflikte mit Verwandten und Freunden, die ihrem Denken nicht zu folgen, ihre Ueberzeugung nicht zu billigen vermochten? Ist nicht der Weg ihrer Entwicklung gekennzeichnet mit Spuren ihres Herbluts, das ihnen Tropfen um Tropfen in den schmerzlichsten Seelenkämpfen

Bothwell selbst war zur Zeit der Mordthat ins Bett gegangen, aber Leute von ihm waren nahe der Unglücksstätte gesehen worden. Mit Vergnügen sahen die Verschwörer-Richter, daß der öffentliche Argwohn sich gegen Bothwell allein richtete. Da er bei Maria schon vorher in großem Ansehen stand, theilte diese sein Geschick, verdächtigt zu werden. Bothwell ließ sich nicht beunruhigen, hatte er doch die Aste des „Craigmillac-Bundes“ in der Tasche. In dieser Urkunde verbanden sich die Untersreiber Murray (der Bruder Marias), Bethington, Argyle u. A. zu einer „Trennung Darnley's und Marias“. Möglich, daß man sich damals die „Trennung“ noch nicht als Königsmord vorgestellt hatte: aber Bothwell glaubte seiner Haut sicher zu sein vor den Richter-Verschwörern, die den Prozeß merkwürdigerweise auch in eine Privatklage des Grafen Lennox, Darnley's Vater, umwandelten. Der Kläger erschien nicht, angeblich weil Bothwell 4000 Anhänger bei Edinburg zusammengezogen habe. Bothwell wurde freigesprochen, weil der Kläger fehlte und Beweise mangelten.

Maria hielt ihn für schuldlos, wogegen nicht ausgeschlossen ist, daß die Abelsverschwörung den bei Maria etwas geltenden, mächtigen Bothwell dadurch gewann, daß man ihm die Nachfolge Darnley's als Gatten der Königin vorhielt, obgleich er ja verheiratet war. Das Verheirathetsein hat ja Könige und Kronprätendenten nie sonderlich genirt, wenn sie die nöthige Macht besaßen oder zu besitzen glaubten, über solch einen „moralischen Pop-pah“ hinwegzukommen.

Bothwell muß ein guter Schauspieler gewesen sein, daß Maria thatsächlich an die Echtheit seiner Vasallentreue nicht nur, sondern noch an viel mehr glaubte. Trotzdem kam auch ihr an ihm manches „sonderbar“ vor, wie er sie denn — das kann man offenbar nach Marias Berichten an ihre französischen Verwandten schließen — gewaltsam nach Dunbar entführte. Interessant in einem der längeren Briefe Marias nach Frankreich ist die Bemerkung: „Was ist ein Fürst ohne Volk!“ Das sollte die unglückliche Königin aller-

dings sehr bald und schmerzlich genug inne werden. Wenn ein Volk monarchisch hypnotisirt ist, dann steht und fällt seine Sache mit der des Monarchen. Diese Hypnose ist der Menschheit schon recht theuer zu stehen gekommen, denn beim Streit der Großen müssen die Kleinen immer die Zeche zahlen.

Die Hoffnungen auf Bothwell waren eitel; er war nicht im Stande, eine mächtige königliche Partei ins Leben zu rufen — er war selbst — natürlich! — Gegenstand des Neides seiner Standesgenossen und Mitverschwörer geworden — genau wie Darnley. Und bei allem Edelsinn reichten die Fäden von der Königin Maria doch nicht bis zum Volke, zum wahren und eigentlichen Volke herab: ein sehr altes Unglück der Könige. Bothwell starb in dänischer Gefangenschaft (1578), nachdem er sich in sein Herzogthum (Orkney-Inseln und Shetland) zurückgezogen hatte, wohin ihm seine ehrenwerthen Mitverschworenen Truppen und Henker nachgeschickt hatten. Auch ihm hielt Maria Treue, ganz wie dem Schwächling und Gecken Darnley — und ganz so wie in jenem, täuschte sie sich in diesem.

„Politisch“ hatte den meisten Grund sich über Marias Unglück zu freuen — die Königin Elisabeth von England, die den Aufständischen allen Vorschub zu leisten sich den Anschein gab, so weit sie sich nicht eben „politisch“ kompromittirte.

Ein unbeschränktes Abelsregiment war das Ideal der adeligen Verschwörer gegen Maria, und dieser Klique paßte die neue reformirte Lehre von der Verantwortlichkeit der Fürsten sehr gut in den Kram, weil sie „das Volk“ zu sein vorgeben durften, weil sie das Volk ohnmächtig und rechtlos machten.

Nun suchten die adeligen Banditen und mit ihnen Elisabeth von England Maria zur Abdankung zu bestimmen. Maria Stuart fand nach all den fürchterlichen Erschütterungen und Gemüthsaufreregungen die Kraft, sich dessen zu weigern.

(Schluß folgt.)

abgerungen wurde, mit Kreuzen, welche an begrabene Freundschaften und Sympathien, an geopfert Reigungen und Lebensgewohnheiten erinnern?

Das Eintreten für Volksrechte und Volksfreiheit fordert den Einfluß der vollen Persönlichkeit, die schrankenlose Hingabe des ganzen Menschen. Es fordert das Abbrechen der Brücke, das Verbrennen der Schiffe, die rückwärts in die Vergangenheit führen könnten. Dem leidenden und kämpfenden Proletariat ist nicht gedient mit schönen Gefühlen, auch nicht mit wahrgemeinten Sympathieerklärungen, welche hinter doppelt geschlossenen Türen in den Busen verschwiegener Freundinnen gehaucht werden. Es bedarf der That, es bedarf der Mitkämpfer in Reih und Glied. Und wenn die Sozialdemokraten in Folge ihrer geklärten Erkenntnis gewiß nicht die ersten sind, welche auf die Leute des Möchte-gern-und-kann-doch-nicht einen Stein werfen, so sind sie aber auch mit Zug und Recht die letzten, welche in einer Hypnose sentimentaler Mitleidsduselei die Halben und Stillen als Opfer und Helden der Pflichttreue gegen die Familie auf ein Piedestal stellen. In nüchterner Abwägung der Thatfachen sehen sie in ihnen, was sie in Wirklichkeit der überwiegenden Mehrheit nach sind: Halbe und Schwächlinge, zu feig, um theoretisch im Denken und vor allem praktisch im Handeln die letzten logischen Konsequenzen zu ziehen.

Vediglich aus Rücksicht auf ihre Familie und deren Stellung plädieren gewöhnlich die Stillen-Kämmerlein-Sozialisten, und meint auch die bürgerliche „Frauenbewegung“ in dem Artikel „Nach rechts und links.“ Aber in 90 von 100 Fällen verkrücht sich hinter der Rücksicht auf die Angehörigen nichts als ganz persönlicher Egoismus, nichts als das Anklammern an eine bevorrechtete soziale Stellung mit ihren Vortheilen. Seit des seligen Dänenprinz Hamlets Zeiten und noch vor ihnen ist der Mensch nie so erfinderisch gewesen und hat seinem „Gewissen“ nie so tiefe philosophische Monologe gehalten, als wenn es sich darum handelte, Schwäche oder egoistische Beweggründe hinter besonders schön klingenden moralischen Gemeinplätzen zu verchanzen. Und gerade die Ideologen haben am alleröftersten das Pech, wie die geschichtliche Entwicklung so auch das eigene Ich nur auf dem Kothurn und im Faltenwurf des griechischen Gewandes zu sehen. Von der Rücksicht auf die Familie wird von den Stillen und Halben vielfach gesprochen, aber die Rücksicht auf das eigene liebe Ich wird — oft genug unbewußt — ebenso vielfach gemeint.

Außerdem, wenn zwischen den Familienangehörigen bezüglich den wichtigsten Fragen, bezüglich der Auffassung des Lebens und seiner Pflichten tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen, so ist damit auch die sittliche Grundlage der Familie zerstört. Der Zusammenhalt ihrer Glieder erfolgt dann nur auf Grund der Konvention, auf Grund brutaler, wirtschaftlicher Verhältnisse, er wird entwürdigt durch Zwang, Lüge, Heuchelei. Die Treue gegen sich selbst, gegen die gewonnene Ueberzeugung ist dann die erste sittliche Pflicht des Einzelnen, das Auseinandergehen wird für ihn zur Nothwendigkeit, wo ein Miteinandergehen ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Dreimal thöricht wäre das Proletariat, wollte es Vertrauen den Leuten entgegenbringen, die aus den äußeren und inneren Konflikten unserer Zeit keinen anderen Ausweg wissen, als Schwäche und Halbheit. Denn diese Elemente sind nur zu leicht geneigt, aus der Noth eine Tugend zu machen: die Kompromisselei, die Halbheit, Lauheit und Flaueheit, welche ihr Thun charakterisirt, auch von der Bewegung zu fordern, der sie sich anschließen möchten. Ein Charakterwechsel derselben, ihre Entmannung bietet ja eine Selbstrechtfertigung der empfundenen eigenen Schwäche, schafft ja die Möglichkeit, öffentlich mitthaten zu können, ohne opfern zu müssen. Leute, die beim five o'clock-tea tapfer auf Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ schwören, aber die sozialdemokratische Bewegung ebenso tapfer in der Dessenlichkeit verleugnen, noch ehe ein Bourgeoisshahn dreimal der Dessenlichkeit nicht den Granit des Charakters, auf den die Männer und Frauen des Proletariats bauen können, sie sind nichts als Schiefer, brüchiger, splittender Schiefer. Mitleid kann ihnen das Proletariat manchmal schenken, Vertrauen niemals.

Zur Lage der Lübecker Arbeiterinnen.

R. L. Bis in die achtziger Jahre hinein spielte der moderne Fabrikbetrieb für die Lübecker Bevölkerung eine sehr untergeordnete Rolle. In einem noch weit höheren Grade als heute war damals der Handel mittelbar und unmittelbar ihre Haupterwerbsquelle. Seit jenem Zeitpunkte aber, da sich die Folgen der famosen Bismarck'schen Schutzpolitik im sübischen Hafen recht unangenehm fühlbar machten — denn Holz und Getreide, die ja ganz besonders „bluten“ mußten — sind Hauptimportartikel Lübecks — seit jenem Zeitpunkte begann die Industrie einen verhältnißmäßig schnellen Aufschwung zu nehmen.

Nach dem Bericht des Fabrikinspektors für das Jahr 1. Juli 1893/94 gab es in Lübeck bei einer Bevölkerung von ca. 69 000 Köpfen (Stadt und Vorstädte) 126 Fabrikbetriebe. In ihnen wurden zusammen 3204 Personen beschäftigt, und zwar 96 Prozent Erwachsene und 4 Prozent jugendliche Arbeiter bis zu 16 Jahren. Während im Jahre 1892/93 noch 15 Kinder unter 14 Jahren in den Fabriken thätig gewesen waren, wurde nach dem letzten Berichte 1893/94 nur noch ein 13jähriges Mädchen in einer Zigarrenfabrik beschäftigt. Kinderarbeit existirt gegenwärtig also in Lübeck so gut wie gar nicht.

Von den 3204 Arbeitern waren 566 oder ca. 17½ Prozent weibliche. Von 1892/93 auf 1893/94 hat sich die Zahl der in hiesigen Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen um **22 Prozent vermehrt**, während die Zunahme der gesammten Arbeiterschaft während desselben Zeitraums nur **4,9 Prozent** betrug. Von den Arbeiterinnen waren 1 (0,2 Prozent) 13—14 Jahre, 18 (3,2 Prozent) 14—16 Jahre, 98 (17,3 Prozent) 16—21 Jahre und 449 (79,3 Prozent) über 21 Jahre alt.

Anträge auf Bewilligung von Ueberstunden für Fabrikarbeiterinnen wurden während des ganzen Berichtsjahres nicht gestellt, und Ausnahmen von der Beschränkung der Arbeitszeit auf Grund des § 139 der Gewerbeordnung durchaus nicht zugelassen.

„Fabrikarbeiter, die eine Last des Gemeinwesens sind, giebt es hier nicht! Es lebt jeder in auskömmlichen Verhältnissen!“ behauptete der sübische Fabrikinspektor in einem Vortrag bezüglich der Lage der Arbeiterschaft. Diese Behauptung wird gerade durch die Lohnverhältnisse der Lübecker Arbeiterinnen recht eigenthümlich beleuchtet. Der Durchschnittsverdienst derselben beträgt günstigsten Falles 7—7,50 Mark wöchentlich, und er wird in manchen Branchen nur von ganz tüchtigen und geübten Arbeiterinnen erreicht.

Die in Lübeck schon seit längerer Zeit existirende größere Wäschefabrik beschäftigt gegenwärtig auf ca. 130 Personen 120 Frauen und Mädchen. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von 7—7, im Winter von 8—8 Uhr mit 1½ Stunden Mittags-, ½ Stunde Frühstücks- und ½ Stunde Vesperzeit. Sowohl die Näherinnen und Stepperinnen, als auch die Plätterinnen stehen fast ausnahmslos im Stücklohn. Das Zuschneiden wird von Männern verrichtet. Die Näherinnen haben die Stücke bis auf das Steppen fertigzustellen. Der Lohn beträgt für das Nähen von 12 Stück: Herrenstehtragen, große Sorte 45 Pfg., kleinere Sorte 40 Pfg., Umfalltragen 50—55 Pfg., Klappchentragen 60 Pfg., große Vorhemden mit Sattel 75 Pfg., kleine, sogenannte Marinehemden 50 Pfg. Für eine andere Sorte kleine Vorhemden (Fronts) wird 60 Pfg. per Duzend für Nähen und Steppen gezahlt. Das Nähen von Oberhemden wird mit 50 Pfg. pro Stück, und das von Manschetten mit 40 Pfg. pro 24 Stück entlohnt. Von dem Verdienst, der bei so miserablen Lohnsätzen erzielt werden kann, müssen in Abrechnung gebracht werden die Beiträge zu der Kranken- und Invaliditäts-Versicherung, sowie die Kosten des Nähfadens und der Maschinennadeln. Garn und Nadeln müssen von den Fabrikhabern gekauft werden. Eine Näherin braucht wöchentlich mindestens für 1 Mark Faden und für 20 Pfg. Nadeln.

Den Stepperinnen wird gezahlt für das Duzend: Stehtragen 10—12 Pfg., Klappchentragen 15 Pfg., Umfalltragen 10 Pfg., für 12 Paar (24 Stück) Manschetten giebt es 20 Pfg. u. s. w. Für Faden und Nadeln verausgabte eine Stepperin wöchentlich ca. 1,80 bis 2,20 Mark.

Die Knopflochnäherinnen erhalten, falls sie feinere Wäsche arbeiten, für 12 Kragen à 3 Knopflöcher = 36 Knopflöcher 30 Pfg. Das Nähen der Knopflöcher der besseren Wäscheforten geschieht „mit der Hand“. Werden die Knopflöcher mit der Maschine genäht, so beträgt der Lohn für 48 Stück nur 24 Pfg., für das Anfertigen der Knopflöcher eines Duzends ordinärer Krage wird gar nur 9 Pfg. bezahlt. Für Nähgarn und Nadeln brauchen die betreffenden Arbeiterinnen nicht selbst aufzukommen.

Der Durchschnittsverdienst, den Näherinnen, Stepperinnen, Knopflocharbeiterinnen durch ihre Arbeit in der Fabrik erzielen, beträgt 5—6 Mark die Woche. Mehr zu verdienen ist einer Arbeiterin von mittlerer Geschicklichkeit nur möglich, wenn sie noch des Abends und des Sonntags zu Hause arbeitet. Thatächlich nehmen die meisten in der Wäschekonfektion thätigen Frauen und Mädchen Abends Arbeit mit nach Hause. Ihre Wocheneinnahme erhöht sich dergestalt auf 9—12 Mark, je nach der Art der Arbeit und dem Geschick oder der Ausdauer der Arbeiterin.

Etwas höher stellt sich der Durchschnittsverdienst der Plätterinnen. Es wird bezahlt für das Plätten eines Duzends Stehtragen 20—22 Pfg. (für eine besonders feine Sorte 27 Pfg.), für das Duzend Umgekragen 26—28 Pfg., Oberhemden pro Stück 15—20 Pfg., Vorhemden per Duzend 12—14, Manschetten 40 Pfg. u. s. w. Die Plät-

terinnen müssen eine Lehrzeit von 6 Wochen durchmachen. Während derselben wird kein Lohn bezahlt. Ungeübte Arbeiterinnen verdienen 3—7 Mark wöchentlich, der Durchschnittslohn beträgt 10—12 Mark. Nach langjähriger Thätigkeit kann er in einzelnen Spezialitäten, beispielsweise für das Plätten der Umlegefragen, auf 15—18 Mark steigen. Solche Löhne gehören aber zu den Ausnahmen. Bemerkenswert muß noch werden, daß die Arbeit in dem heißen dunstigen Plätttraum höchst ungesund ist, ebenso wie das Schaffen an der ewig raselnden und stoßenden Nähmaschine. Die Stärkefrauen und die Kleberinnen, deren es in der Wäschefabrik selbstredend nur wenige giebt, haben einen Wochenlohn von 9—10 Mark. Außer dieser einen großen Wäschefabrik giebt es in Lübeck noch mehrere kleine. Lohnsätze und Arbeitsbedingungen sind hier im Großen und Ganzen dieselben, wie die soeben geschilderten.

In der Blechemballageindustrie währt die Arbeitszeit im Sommer und im Winter von 6—6 Uhr mit 1 1/2 stündiger Mittags- und 1/2 stündiger Frühstückspause. Der durchschnittliche Wochenlohn beträgt für Arbeiterinnen 9 Mark, bei Stückarbeit 10—12 Mark. Für verpuschte Arbeit, Zuspätkommen und andere Uebertretungen der Fabrikordnung sind in dieser hohe Strafen vorgesehen.

Die Lübecker Topf-Emailkirwerke beschäftigen vorzugsweise junge Mädchen im Alter von 16—21 Jahren. Die Arbeitszeit dauert daselbst gleichfalls von 6—6 Uhr. Ueberstunden werden nicht nach einem höheren Satze entlohnt. Der Stundenlohn beträgt 13 Pfg., außerdem giebt es noch für je 1000 Kilo Primamaare sogenannte Prämien im Betrage von 70 Pfg. bis 1,50 Mark. Besonders gesundheitsschädlich ist die Thätigkeit der Putzerinnen, sowie der Arbeiterinnen, welche das aus den Oefen kommende Geschirre mit Kreide und Sägemehl abreiben. In der Weizstube, in der ca. 8 Arbeiterinnen zu einem Stundenlohn von 15 Pfg. beschäftigt sind, ist die Luft derartig mit Salzsäuredämpfen geschwängert, daß die getragenen Kleidungsstücke nach wenigen Wochen wie mürbe Zunder vom Leibe fallen.

Von einem Leben in „auskömmlichen Verhältnissen“ kann für die Arbeiterinnen, mit deren Lohnbedingungen wir uns beschäftigten, gewiß nicht die Rede sein. Daß sich auch die süßlichen Lohnsklavinnen, welche in anderen Berufszweigen dem Kapital frohnden, günstiger Erwerbsverhältnisse nicht rühmen können, werden wir in einem folgenden Artikel beweisen. Für die Gesamtheit der Lübecker Proletarierinnen, die in Fabrik und Werkstatt schuften und schanzten, ist ein so niedriger Verdienst die Regel, daß sie nicht bloß auf die bescheidensten Freuden und Annehmlichkeiten des Lebens verzichten müssen, sondern vielsach auf das Nothwendige, das Unentbehrliche. So will es die kapitalistische Gesellschaftsordnung, so will es das Interesse einiger weniger Prozen.

Kleine Nachrichten.

Die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren ist Dank der Initiative der Sozialdemokratie kürzlich auch im Württembergischen Landtag gefordert worden. In die Adresse des Landtags an den König wurde auf Veranlassung des Genossen Kloß die Forderung aufgenommen, die Gewerbe-Inspektion durch Heranziehung von Hilfskräften aus dem Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, einschließlich der Arbeiterinnen auszugestalten. Es ist bezeichnend, aber nicht wunderbar, daß die Anregung zu der betreffenden Forderung nicht von der demokratischen Volkspartei ausging, sondern von der Sozialdemokratie.

Etwas von dem Sittlichkeitsgefühl des Unternehmertums. Nach dem Bericht der pfälzischen Fabrikinspektion für das Jahr 1894 mußten in ihrem Aufsichtsbezirk in zwanzig Fällen aus Sittlichkeitsrücksichten bessere Ankleideräume, bezw. Bedürfnisanstalten für Arbeiterinnen angeordnet werden. „In einem Falle fand sich ein — dazu äußerst primitiv eingerichteter — Schlafraum für Arbeiterinnen im Kniestock eines Fabrik Schlafhauses, nur zugänglich mittelst einer Leiter vom unteren Raum aus, in welchem die Arbeiter schlafen.“ Vor der Rücksicht auf den Profit fällt bei den patentirten „Hütern von Ordnung und Moral“ die Rücksicht auf die Sittlichkeit zusammen wie ein Kartenhaus.

Ein neuer Vers zum alten Lied von Hungerlöhnen. In der Berliner Wäschekonfektion verdienen Arbeiterinnen bei zehn- bis zwölfstündiger Fabrikarbeit, zu der noch Heimarbeit bis gegen Mitternacht und länger tritt, wöchentlich 6—8 Mark, nur in Ausnahmefällen 12 Mark. Von dem Verdienst gehen nicht selten Lohnabzüge für „fehlerhafte Arbeit“ — ausgelakte Kragen und Manschetten — bis zur Höhe von 5 Mark ab. Daß durch solche schmachtvolle Hungerlöhne die ledigen Wäschenäherinnen geradezu gezwungen sind, nicht

bloß zu Zeiten der Erwerbslosigkeit, sondern dauernd einen Nebenverdienst in der Prostitution zu suchen, liegt auf der Hand. Das Kapital spekulirt eben von vornherein darauf, daß die Arbeiterin in ihrem Weibthum eine Waare zu Markte bringen und verkaufen kann, und es berechnet dem entsprechend den Lohn der weiblichen Arbeitskräfte so niedrig, daß sie bei Strafe des Verhungerns diese ihre letzte Waare zu Nutz und Frommen des kapitalistischen Profits loszuschlagen müssen.

Das kapitalistische Gesehohr aus der frauenrechtlerischen Löwenhaut hat ein „Frauentomite für Erhebung über die philanthropische Frauenthätigkeit in der Schweiz“ gezeigt. Der Ständerath hat bekanntlich dem Beschlusse des Nationalraths zugestimmt, wonach der Bundesrath untersuchen soll, ob nicht der Sonnabend Nachmittag den Fabrikarbeiterinnen freizugeben sei. Das oben genannte frauenrechtlerische Komitee wendet sich nun an den Basler Arbeiterinnenverein mit einem Brief, worin es in profitfrommer Gesinnung und sozialpolitischer Verständnislosigkeit heißt: „Die Motion (der Antrag) hätte nur dann einen Werth, wenn beide Theile (Unternehmer und Arbeiterinnen) einen genügenden Ersatz für die ausfallende Arbeit und den ausfallenden Lohn empfangen könnten.“ Mit seinem Verständnis für das Interesse der kapitalistischen Ripper und Wipper schlägt es den Arbeiterinnenvereinen vor, darauf hinzuwirken, daß die Arbeiterinnen lediglich die „Berechtigung“ erhalten, am Sonnabend Nachmittag nicht arbeiten zu müssen. Nur die sozialpolitische Unschuld vom Lande kann nicht wissen, oder kapitalistische Heuchelei kann nicht wissen wollen, daß diese „Berechtigung“ auf dem Papier stehen bliebe, wie die fakultative anderthalbstündige Mittagspause der deutschen Arbeiterinnen in der überwältigenden Mehrzahl der Fälle nichts als todtter Buchstabe ist. Um aber das Maß „philanthropischer Frauenthätigkeit“ voll zu machen, sinnen die Damen dem Arbeiterinnenverein gar an, für die Zurücknahme des Antrags durch seine Urheber einzutreten. Trefflich weist die Vizepräsidentin des Basler Arbeiterinnenvereins im „Vorwärts“ die unverschämte Zumuthung zurück. „Entweder Sie verstehen nichts von der Arbeiterschutzgesetzgebung“ — sagt sie den wohlwollenden „Schwestern“ — „und dann empfehle ich Ihnen, wenigstens die einschlägige Literatur zu lesen, insbesondere die Berichte der Fabrikinspektoren, da Sie jedenfalls doch nicht daran denken, das Loos einer Fabrikarbeiterin praktisch durchzulösen; oder, Sie verstehen etwas davon, und dann ist es um so verwerflicher, wenn Sie den Deckmantel der Philanthropie und die Portofreiheit des Bundes dazu benutzen wollen, die Arbeiterinnen um ihre gerechte Forderung im Interesse der Großfabrikanten zu kürzen. In vorliegender Frage verfechten Sie, geehrte Damen, keine gute Sache, sondern Sie erniedrigen sich damit zum Mittel der Fabrikanten.“ Stimmt und wundert uns nicht: Art läßt nicht von Art.

Frauentwahlrecht in Amerika. In Ohio haben die Frauen kürzlich zum ersten Male an den Schulrathswahlen theilgenommen. Da sie genau unter den gleichen Bedingungen wie die Männer wählen, also das aktive und passive Wahlrecht besitzen, so erhielt eine ganze Anzahl von Frauen Sitz und Stimme im Schulrath. Was sagt Herr v. Köller zu diesem „Umsturz“?

Zur Beachtung.

Da wie bekannt die Berliner Frauen-Agitations-Kommission aufgelöst wurde, sind bis auf Weiteres alle Anfragen und Sendungen betreffend die Agitation unter den Frauen zu richten an

**Frau v. Hoffstetten, Berlin,
Louisenufer 46 parterre.**

Zur Beachtung.

Damit die nothwendige Forderung des Wahlrechts für die Frau auch in solchen Orten erhoben wird, wo aus irgend welchen Gründen Versammlungen nicht stattfinden können, soll ein Flugblatt zur Vertheilung kommen. Es werden daher die Kreis-Vertrauenspersonen und Genossinnen und Genossen, welche die Vertheilung an einem Ort übernehmen wollen, ersucht, möglichst bald der Unterzeichneten mitzutheilen, wie viel Flugblätter sie für ihren Kreis zu haben wünschen.

Frau Ottilie Gerndt, Berlin O., Blumenstraße 26.